

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2003 — 4175

[C — 2003/33085]

17. JULI 2003 — Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 16. März 1954 über die Kontrolle bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses, insbesondere Artikel 11 § 1, ersetzt durch das Gesetz vom 22. Juli 1993;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, insbesondere Artikel 54, abgeändert durch die Gesetze vom 18. Juli 1990 und vom 16. Juli 1993;

Aufgrund des Dekretes vom 19. Juni 1990 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung, insbesondere Artikel 1, abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 1998;

Aufgrund des Dekretes vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, insbesondere Artikel 24 § 1, abgeändert durch das Dekret vom 14. Februar 2000;

Aufgrund des Dekretes vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes, insbesondere Artikel 1;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 27. April 2000, 18. Februar 2002, 18. November 2002 und 22. Februar 2003;

Aufgrund des Protokolls des Sektorenausschusses XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft Nr. S6/2002 vom 9. Juli 2002;

Aufgrund des Gutachtens der Finanzinspektion vom 15. Juli 2002;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt und das Personal vom 15. Juli 2002;

Aufgrund der Beratung der Regierung über den Antrag auf Begutachtung durch den Staatsrat innerhalb einer Frist von höchstens einem Monat;

Aufgrund des Gutachtens 34.173/3 des Staatsrates, das am 26. November 2002 in Anwendung von Artikel 84 Absatz 1 Nr. 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten zuständig für den Haushalt und das Personal;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL I – *Allgemeine Bestimmungen*

Anwendungsbereich

Artikel 1 - Vorliegender Erlass ist anwendbar auf das unter Arbeitsvertrag eingestellte Personal, nachstehend als Vertragsbedienstete bezeichnet, folgender Einrichtungen:

1. des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft
2. des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleineren und mittleren Unternehmen
3. der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit Behinderung
4. des Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Einstellungsverfahren

Art. 2 - § 1 - Vor der Einstellung unter Arbeitsvertrag erfolgt ein öffentlicher Bewerberaufruf.

In Abweichung von Absatz 1 ist in folgenden Fällen kein Bewerberaufruf notwendig:

1. bei Einstellungen für eine Beschäftigung, deren Umfang weniger als ein Drittel einer Vollzeitbeschäftigung beträgt
2. bei Einstellungen, die in Anwendung von Artikel 4 und 5 erfolgen und deren Dauer höchstens drei Monate beträgt

§ 2 - Die Auswahl der Kandidaten erfolgt nach sachlichen Gesichtspunkten im Hinblick auf die Eignung für die Ausübung der Funktion.

Die Regierung beziehungsweise der Verwaltungsrat stellt eine Jury zusammen, welche die Eignung der Kandidaten prüft. Die Jury legt zu diesem Zweck eine entsprechende Prüfungsordnung fest, die der auszuübenden Funktion Rechnung trägt. Die Jury legt eine Rangfolge fest und schlägt die ausgewählten Kandidaten zur Einstellung vor.

Arbeitsvertrag und Probezeit

Art. 3 - § 1 - Jede Einstellung erfolgt anhand eines schriftlichen Arbeitsvertrags.

Die Einstellungen unter Gehaltstabellen der Stufen IV und III werden vom Generalsekretär beziehungsweise vom Geschäftsführenden Direktor vorgenommen, wobei er gleichzeitig die Anzahl der Einstellungen und eine der in Kapitel II angeführten Vertragskategorien bestimmt.

Die Einstellungen unter Gehaltstabellen der Stufen II, II+ und I werden von der Regierung beziehungsweise vom Verwaltungsrat vorgenommen.

§ 2 - Ist die Dauer des Arbeitsvertrages höher als sechs Monate, wird eine Probezeit in den Vertrag eingefügt.

Die Probezeit beträgt für den Arbeiter vierzehn Tage und für den Angestellten einen Monat. Mit Ausnahme von den in Artikel 4 und 5 angeführten Arbeitsverträgen beinhalten Arbeitsverträge mit Gehaltstabellen der Stufe I eine Probezeit von sechs Monaten.

KAPITEL II – *Kategorien vertraglicher Einstellung*

Ersatz

Art. 4 - Für die Dauer der vorübergehenden voll- oder teilzeitigen Abwesenheit eines Bediensteten kann eine Ersatzperson unter entsprechendem Ersatzvertrag eingestellt werden. Die Einstellung erfolgt höchstens in der Gehaltstabelle des Anwerbsdienstgrades der Laufbahn des zu ersetzenden Bediensteten.

Außerordentlicher und zeitweiliger Personalbedarf

Art. 5 - Bei einer Einstellung aufgrund von außerordentlichem und zeitweiligem Personalbedarf wird dieser im jeweiligen Arbeitsvertrag begründet.

Der Arbeitsvertrag ist auf höchstens zwei Jahre befristet.

Nebengeordnete oder spezifische Aufgaben

Art. 6 - Für die in Anhang zu vorliegendem Erlass aufgeführten Funktionen können Arbeitsverträge zur Ausübung von nebengeordneten oder spezifischen Aufgaben abgeschlossen werden.

Experten und leitende Funktionen

Art. 7 - Aufgaben, die eine außergewöhnliche Fachkenntnis oder eine bedeutende Berufserfahrung zur Besetzung einer leitenden Funktion oder einer Expertenfunktion voraussetzen, werden als solche im Arbeitsvertrag vorgesehen.

KAPITEL III – *Entlohnung*

Grundsatz

Art. 8 - § 1 - Der Vertragsbedienstete wird nach der Gehaltstabelle des Anwerbsdienstgrades eines Beamten in analoger Funktion entlohnt und zwar im Verhältnis zu seiner Arbeitszeit.

Der Vertragsbedienstete erhält höchstens die Gehaltstabelle der Stufe, zu der er aufgrund seines Diploms bei einer Anwerbung als Beamter Zugang hätte.

Die Entlohnung liegt nie unter dem garantierten Mindesteinkommen, wie es im Königlichen Erlass vom 29. Juni 1973 über das garantierte Mindesteinkommen für gewisse Bedienstete der Ministerien vorgesehen ist.

§ 2 - Der Vertragsbedienstete erhält außerdem:

1. die in der erwähnten Gehaltstabelle vorgesehenen regelmäßigen Erhöhungen;
2. ein Urlaubsgeld und eine Jahresendprämie zu den gleichen Bedingungen, wie sie für die Beamten gelten;
3. eine Wohnungs- oder Heimzulage zu den gleichen Bedingungen, wie sie für die Beamten gelten;
4. die Zulagen, Entschädigungen und Prämien zu den gleichen Bedingungen, wie sie einem Beamten in derselben Funktion zustehen

Ausnahme zu Artikel 8

Art. 9 - Vertragsbedienstete, die in Anwendung von Artikel 7 eingestellt werden, können aufgrund einer höheren als der in Artikel 8 § 1 vorgesehenen Gehaltstabelle entlohnt werden, wobei die im Vertrag zu bestimmende Gehaltstabelle einer bestehenden Tabelle der Stufe entspricht, für die der Vertragsbedienstete ein Diplom vorweisen kann.

Finanzielles Dienstalter

Art. 10 - Auf das finanzielle Dienstalter finden mit den notwendigen Anpassungen die Artikel 72 bis 78 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten Anwendung.

Abschaffung des Karenztages

Art. 11 - Der in Artikel 52 § 1 des Gesetzes vom 3. Juli 1978 über den Arbeitsvertrag vorgesehene Karenztag findet keine Anwendung.

Finanzielle Aufwertung

Art. 12 - Der Vertragsbedienstete, der nach der Gehaltstabelle eines Anwerbsdienstgrades entlohnt wird, erhält nach insgesamt vier Jahren finanziellem Dienstalter in den in Artikel 1 angeführten Einrichtungen eine Entlohnung nach der Gehaltstabelle des ersten Beförderungsdienstgrades derselben Laufbahn.

KAPITEL IV – *Verschiedenes, Abänderungs-, Übergangs- und Schlussbestimmungen*

Krankheitsurlaub bei Arbeitsunfall

Art. 13 - Für den Krankheitsurlaub wegen Arbeitsunfall, Unfall auf dem Weg vom und zum Arbeitsplatz sowie Berufskrankheit ist die Regelung der Beamten anwendbar auf die Vertragsbediensteten.

Besitzstandswahrung

Art. 14 - Wenn die Entlohnung in Anwendung der Bestimmungen des vorliegenden Erlasses geringer ist, als die, welche der Vertragsbedienstete zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Erlasses erhält, kommt er weiterhin in den Genuss der höheren Entlohnung bis er in Anwendung der Bestimmungen des vorliegenden Erlasses eine mindestens gleich hohe Entlohnung erhält.

Abänderungsbestimmung

Art. 15 - Artikel 3 § 1 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«In Abweichung von Absatz 1 ist eine Einstellung unter Arbeitsvertrag als Vertragsbediensteter in folgenden Fällen möglich:

1. als Ersatz bei der vorübergehenden voll- oder teilzeitigen Abwesenheit eines Beamten

2. um einem außerordentlichen und zeitweiligen Personalbedarf zu decken, sei es zur Durchführung zeitlich begrenzter Tätigkeiten oder aufgrund außergewöhnlicher Mehrarbeit

3. um nebengeordnete oder spezifische Aufgaben zu erfüllen, wobei die Regierung eine entsprechende Liste der Aufgaben festlegt

4. bei leitenden Funktionen und Expertenfunktionen, deren Besetzung eine außergewöhnliche Fachkenntnis oder eine bedeutende Berufserfahrung voraussetzen.»

Übergangsbestimmung

Art. 16 - Artikel 5 Absatz 2 gilt nicht für entsprechende Verträge, die vor Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses geschlossen wurden.

Artikel 8 § 1 Absatz 2 gilt nicht für Verträge, die vor Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses geschlossen wurden.

Inkrafttreten

Art. 17 - Vorliegender Erlass tritt am Tage seiner Veröffentlichung im Belgischen Staatsblatt in Kraft, mit Ausnahme des Artikels 12, der mit Wirkung vom 1. Januar 2001 in Kraft tritt.

Durchführung

Art. 18 - Der Ministerpräsident, zuständig für das Personal und den Haushalt, wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 17. Juli 2003

Der Ministerpräsident, Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport
K.H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur und Tourismus
B. GENTGES

Der Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales
H. NIESEN

Anlage zum Erlass vom 17. Juli 2003

Personal mit nebengeordneten oder spezifischen Aufgaben

1. Raumpflegepersonal;
 2. Personal, das mit der Betreuung des Empfangs und mit dem Telefondienst beauftragt ist;
 3. Personal, das mit Betreuung der Kantine und der Versammlungsräume betraut ist;
 4. Personal, das mit Unterhaltsarbeiten betraut ist;
 5. Hausmeister;
 6. Personalmitglieder des Dienstes für Kind und Familie;
 7. Sozialarbeiter in der Abteilung Familie, Gesundheit und Soziales;
 8. Personalmitglieder des Medienzentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
 9. Animatoren des Sport-, Freizeit- und Touristikzentrums Worriken;
 10. Personen mit einem zeitlich begrenzten Sonderauftrag
- Gesehen, um dem Erlass vom beigefügt zu werden

Eupen, den 17. Juli 2003

Der Minister-Präsident, Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport
K.H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur und Tourismus
B. GENTGES

Der Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales
H. NIESEN

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2003 — 4175

[C - 2003/33085]

17 JUILLET 2003. — Arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 16 mars 1954 relative au contrôle de certains organismes d'intérêt public, notamment l'article 11, § 1^{er}, remplacé par la loi du 22 juillet 1993;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, notamment l'article 54, modifié par les lois des 18 juillet 1990 et 16 juillet 1993;

Vu le décret du 19 juin 1990 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées, notamment l'article 1^{er}, modifié par le décret du 29 juin 1998;

Vu le décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME, notamment l'article 24, § 1^{er}, modifié par le décret du 14 février 2000;

Vu le décret du 17 janvier 2000 portant création d'un Office de l'Emploi, notamment l'article 1^{er};

Vu l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 27 avril 2000, 18 février 2002, 18 novembre 2002 et 22 février 2003;

Vu le protocole n° S6/2002 du 9 juillet 2002 du Comité de secteur XIX de la Communauté germanophone;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances, donné le 15 juillet 2002;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget et de Personnel, donné le 15 juillet 2002;

Vu la délibération du Gouvernement concernant la demande adressée au Conseil d'Etat pour qu'il rende un avis dans un délai d'un mois au plus;

Vu l'avis du Conseil d'Etat n° 34.173/3 émis le 26 novembre 2002 en application de l'article 84, alinéa 1^{er}, 1°, des lois coordonnées sur le Conseil d'Etat;

Sur la proposition du Ministre-Président, compétent en matière de Budget et de Personnel;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE I^{er}. — *Dispositions générales*

Champ d'application

Article 1^{er}. Le présent arrêté est applicable au personnel contractuel, ci-après désigné par le terme « agents contractuels », des organismes suivants :

1° le Ministère de la Communauté germanophone;

2° l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les P.M.E.;

3° l'Office de la Communauté germanophone pour les Personnes handicapées;

4° l'Office de l'Emploi de la Communauté germanophone.

Procédure d'engagement

Art. 2. § 1^{er}. Un appel public aux candidats est lancé préalablement à l'engagement par voie de contrat.

Par dérogation au premier alinéa, un appel aux candidats n'est pas nécessaire :

1° lors d'engagements pour un emploi représentant moins d'un tiers d'une occupation à temps plein;

2° lors d'engagements en application des articles 4 et 5 et pour une durée de trois mois au plus.

§ 2. La sélection des candidats s'opère selon des critères matériels relatifs à l'aptitude à exercer la fonction.

Le Gouvernement ou, le cas échéant, le conseil d'administration compose un jury qui examine l'aptitude des candidats. A cette fin, le jury adopte un règlement d'examen ad hoc tenant compte de la fonction à exercer. Le jury établit un classement et propose l'engagement des candidats sélectionnés.

Contrat de travail et période d'essai

Art. 3. § 1^{er}. Tout engagement s'opère sur la base d'un contrat de travail écrit.

L'engagement dans les échelles de traitement des niveaux IV et III est opéré par le secrétaire général ou, le cas échéant, par le directeur délégué, qui détermine parallèlement le nombre d'engagements et une des catégories de contrats mentionnées au chapitre II.

L'engagement dans les échelles de traitement des niveaux II, II+ et I est opéré par le Gouvernement ou, le cas échéant, par le conseil d'administration.

§ 2. Si le contrat de travail a une durée de plus de six mois, une période d'essai est incluse dans le contrat.

La période d'essai est de quatorze jours pour l'ouvrier et d'un mois pour l'employé. Les contrats de travail avec des échelles de traitement de niveau I incluent une période d'essai de six mois, sauf ceux mentionnés aux articles 4 et 5.

CHAPITRE II. — *Catégories d'engagement par voie de contrat*

Remplacement

Art. 4. Un remplaçant peut, pour la durée de l'absence temporaire à temps plein ou partiel d'un agent, être engagé dans les liens d'un contrat de remplacement. L'engagement s'opère au plus dans l'échelle de traitement du grade de recrutement de la carrière de l'agent à remplacer.

Besoin exceptionnel et temporaire en personnel

Art. 5. Lorsqu'il est procédé à un engagement en raison d'un besoin exceptionnel et temporaire en personnel, ce besoin est motivé dans le contrat.

Le contrat a une durée déterminée de deux ans au plus.

Tâches auxiliaires ou spécifiques

Art. 6. Des contrats de travail peuvent être conclus pour les fonctions mentionnées dans l'annexe au présent arrêté en vue de l'exercice de tâches auxiliaires ou spécifiques.

Experts et fonctions dirigeantes

Art. 7. Des tâches qui requièrent des connaissances spécifiques exceptionnelles ou présupposent une grande expérience professionnelle en vue de l'exercice d'une fonction dirigeante ou d'une fonction d'expertise sont prévues comme telles dans le contrat de travail.

CHAPITRE III. — *Rémunération*

Principe

Art. 8. § 1^{er}. L'agent contractuel est rémunéré conformément à l'échelle de traitement du grade de recrutement d'un fonctionnaire occupant une fonction analogue, et ce au prorata de son temps de travail.

L'agent contractuel perçoit au plus l'échelle de traitement du niveau auquel son diplôme lui donnerait accès à un recrutement comme fonctionnaire.

La rémunération n'est jamais inférieure au revenu minimal garanti tel que prévu dans l'arrêté royal du 29 juin 1973 accordant une rétribution garantie à certains agents des ministères.

§ 2. En outre, l'agent contractuel perçoit :

- 1° les augmentations périodiques prévues dans l'échelle de traitement concernée;
- 2° un pécule de vacances et une prime de fin d'année aux mêmes conditions que les fonctionnaires;
- 3° une allocation de foyer ou de résidence aux mêmes conditions que les fonctionnaires;
- 4° les allocations, indemnités et primes aux mêmes conditions qu'un fonctionnaire exerçant la même fonction.

Exception à l'article 8

Art. 9. Les agents contractuels engagés en application de l'article 7 peuvent être rémunérés selon une échelle supérieure à celle prévue à l'article 8, § 1^{er}; l'échelle de traitement à mentionner dans le contrat de travail correspond à une échelle existante du niveau pour lequel l'agent contractuel peut présenter un diplôme.

Ancienneté pécuniaire

Art. 10. Les articles 72 à 78 de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents sont applicables mutatis mutandis à l'ancienneté pécuniaire.

Suppression du jour de carence

Art. 11. Le jour de carence prévu à l'article 52, § 1^{er}, de la loi du 3 juillet 1978 relative aux contrats de travail n'est pas applicable.

Valorisation financière

Art. 12. L'agent contractuel rémunéré selon l'échelle de traitement d'un grade de recrutement obtient, après quatre années d'ancienneté pécuniaire auprès des organismes mentionnés à l'article 1^{er}, une rémunération selon l'échelle de traitement du premier grade de promotion de la même carrière.

CHAPITRE IV. — *Divers, dispositions modificatives, transitoires et finales*

Congé de maladie en cas d'accident du travail

Art. 13. En ce qui concerne le congé de maladie pour accident du travail, accident sur le chemin du travail et maladie professionnelle, la réglementation en vigueur pour les fonctionnaires est applicable aux agents contractuels.

Maintien des droits acquis

Art. 14. Si la rémunération accordée en application des dispositions du présent arrêté est inférieure à celle que perçoit l'agent contractuel au moment de l'entrée en vigueur du présent arrêté, il continue à bénéficier de la rémunération la plus favorable jusqu'à ce qu'il perçoive, en application des dispositions du présent arrêté, une rémunération au moins égale.

Disposition modificative

Art. 15. L'article 3, § 1^{er}, alinéa 2, de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents, est remplacé par la disposition suivante :

« Par dérogation au premier alinéa, un engagement dans les liens d'un contrat de travail en tant qu'agent contractuel est toutefois possible dans les cas suivants :

- 1° pour remplacer un fonctionnaire temporairement absent, qu'il s'agisse d'une absence à temps plein ou à temps partiel;
- 2° pour répondre à des besoins exceptionnels et temporaires en personnel, qu'il s'agisse soit de la mise en œuvre d'actions limitées dans le temps, soit d'un surcroît extraordinaire de travail;
- 3° pour accomplir des tâches auxiliaires ou spécifiques, dont la liste est fixée par le Gouvernement;
- 4° pour occuper une fonction dirigeante ou une fonction d'expertise qui requièrent des connaissances spécifiques exceptionnelles ou présupposent une grande expérience professionnelle. »

Disposition transitoire

Art. 16. L'article 5, alinéa 2, ne s'applique pas aux contrats correspondants conclus avant l'entrée en vigueur du présent arrêté.

L'article 8, § 1^{er}, alinéa 2, ne s'applique pas aux contrats conclus avant l'entrée en vigueur du présent arrêté.

Entrée en vigueur

Art. 17. Le présent arrêté entre en vigueur le jour de sa publication au *Moniteur belge*, à l'exception de l'article 12, qui produit ses effets le 1^{er} janvier 2001.

Exécution

Art. 18. Le Ministre-Président, compétent en matière de Personnel et de Budget, est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 17 juillet 2003.

Le Ministre-Président, Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports,
K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture et du Tourisme,
B. GENTGES

Le Ministre de la Jeunesse et de la Famille, de la Protection des Monuments, de la Santé et des Affaires sociales,
H. NIESSEN

Annexe à l'arrêté du 17 juillet 2003

Personnel exerçant des tâches auxiliaires ou spécifiques

- 1° personnel de nettoyage;
- 2° personnel chargé de l'accueil et de la permanence téléphonique;
- 3° personnel du mess et personnel chargé de l'intendance des salles de réunion;
- 4° personnel chargé du travail d'entretien;
- 5° concierge;
- 6° membres du personnel du Service pour l'enfance et la famille;
- 7° assistants sociaux au sein de la Division Famille, Santé et Affaires sociales;
- 8° membres du personnel du Centre des Médias de la Communauté germanophone;
- 9° animateurs du Centre sportif, touristique et de loisirs de Worriken;
- 10° personnes chargées d'une mission temporaire.

Vu pour être annexé à l'arrêté du 17 juillet 2003.

Eupen, 17 juillet 2003.

Le Ministre-Président, Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports,
K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture et du Tourisme,
B. GENTGES

Le Ministre de la Jeunesse et de la Famille, de la Protection des Monuments, de la Santé et des Affaires sociales,
H. NIESEN

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2003 — 4175

[C — 2003/33085]

17 JULI 2003. — Besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 16 maart 1954 betreffende de controle op sommige instellingen van openbaar nut, inzonderheid op artikel 11, § 1, vervangen bij de wet van 22 juli 1993;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, inzonderheid op artikel 54, gewijzigd bij de wetten van 18 juli 1990 en 16 juli 1993;

Gelet op het decreet van 19 juni 1990 houdende oprichting van een Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap, inzonderheid op artikel 1, gewijzigd bij het decreet van 29 juni 1998;

Gelet op het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de K.M.O.'s, inzonderheid op artikel 24, § 1, gewijzigd bij het decreet van 14 februari 2000;

Gelet op het decreet van 17 januari 2000 tot oprichting van een Dienst voor arbeidsbemiddeling, inzonderheid op artikel 1;

Gelet op het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 27 april 2000, 18 februari 2002, 18 november 2002 en 22 februari 2003;

Gelet op het protocol nr. S6/2002 van het Sectorcomité XIX van de Duitstalige Gemeenschap van 9 juli 2002;

Gelet op het advies van de Inspectie van Financiën, gegeven op 15 juli 2002;

Gelet op het akkoord van de Minister-Président, bevoegd inzake Begroting en Personeel, gegeven op 15 juli 2002;

Gelet op de beraadslaging van de Regering betreffende de aanvraag aan de Raad van State om binnen een termijn van ten hoogste één maand een advies uit te brengen;

Gelet op het advies van de Raad van State nr. 34.173/3, gegeven op 26 november 2002 met toepassing van artikel 84, lid 1, 1°, van de gecoördineerde wetten op de Raad van State;

Op de voordracht van de Minister-Président, bevoegd inzake Begroting en Personeel;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen*

Toepassingsgebied

Artikel 1. Dit besluit is van toepassing op het contractueel personeel, hierna « contractuele personeelsleden » genoemd, van de volgende instellingen :

- 1° het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;
- 2° het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de K.M.O.'s;
- 3° de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de Personen met een Handicap;
- 4° de Dienst voor Arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap.

Indienstnemingsprocedure

Art. 2. § 1. Vóór de indienstneming bij arbeidsovereenkomst wordt een openbaar oproep tot de kandidaten bekendgemaakt.

In afwijking van het eerste lid is een oproep tot de kandidaten niet noodzakelijk :

1° bij indienstneming voor een tewerkstelling die overeenstemt met minder dan één derde van een voltijdse betrekking;

2° bij indienstneming met toepassing van de artikelen 4 en 5 voor ten hoogste drie maanden.

§ 2. De selectie van de kandidaten gebeurt op basis van materiële criteria m.b.t. de geschiktheid voor de uitoefening van de functie.

De Regering resp. de beheerraad stelt een examencommissie samen die de geschiktheid van de kandidaten beoordeelt. Te dien einde stelt de examencommissie een ad-hoc examenreglement op rekening houdend met de uit te oefenen functie. De examencommissie maakt een klassemment op en stelt de uitgekozen kandidaten ter indienstneming voor.

Arbeidsovereenkomst en proeftijd

Art. 3. § 1. Elke indienstneming gebeurt op basis van een schriftelijke arbeidsovereenkomst.

De secretaris-generaal resp. de afgevaardigd directeur staan voor de indienstneming in weddeschalen van de niveaus IV en III in en bepalen tegelijk het aantal indienstnemingen en één der in hoofdstuk II vermelde overeenkomstencategorieën.

De Regering resp. de beheerraad staan voor de indienstneming in weddeschalen van de niveaus II, II+ en I in.

§ 2. Belooft de duur van de arbeidsovereenkomst meer dan zes maanden, dan wordt een proeftijd in de overeenkomst ingevoegd.

De proeftijd belooft voor de arbeider 14 dagen en voor de bediende een maand. Met uitzondering van de in artikelen 4 en 5 vermelde arbeidsovereenkomsten bevatten de arbeidsovereenkomsten met weddeschalen van het niveau I een proeftijd van zes maanden.

HOOFDSTUK II. — *Categorieën inzake indienstneming bij arbeidsovereenkomst*

Vervanging

Art. 4. Voor de duur van de voorlopige vol- of deeltijdse afwezigheid van een personeelslid kan een vervanger bij wege van een vervangingsovereenkomst in dienst genomen worden. De indienstneming gebeurt ten hoogste in de weddeschaal van de aanwervingsgraad van de loopbaan van het te vervangen personeelslid.

Uitzonderlijke en tijdelijke personeelsbehoeften

Art. 5. Bij een indienstneming wegens uitzonderlijke en tijdelijke personeelsbehoeften wordt dit in de betrokken arbeidsovereenkomst met redenen omkleed.

De arbeidsovereenkomst belooft maximum twee jaar.

Bijkomende of specifieke opdrachten

Art. 6. Voor de ambten vermeld in de bijlage bij dit besluit kunnen arbeidsovereenkomsten afgesloten worden met het oog op de uitoefening van bijkomende of specifieke opdrachten.

Deskundigen en leidende functies

Art. 7. Opdrachten waarvoor, met het oog op de uitoefening van een leidende functie of van een expertenfunctie, een buitengewone vakkennis of een belangrijke beroepservaring vereist is, worden als zodanig in de arbeidsovereenkomst aangeduid.

HOOFDSTUK III. — *Bezoldiging*

Principe

Art. 8. § 1. Het contractueel personeelslid wordt bezoldigd overeenkomstig de weddeschaal verbonden aan de aanwervingsgraad van een ambtenaar met een gelijkwaardig ambt, naar rata van zijn werktijd.

Het contractueel personeelslid verkrijgt ten hoogste de weddeschaal van het niveau waartoe zijn diploma hem toegang zou verlenen voor een aanwerving als ambtenaar.

De bezoldiging ligt nooit lager dan het gewaarborgd minimumloon, zoals bepaald in het koninklijk besluit van 29 juni 1973 houdende toekenning van een gewaarborgde bezoldiging aan sommige personeelsleden van de ministeries.

§ 2. Bovendien ontvangen de contractuele personeelsleden :

1° de periodieke verhogingen bepaald in de bedoelde weddeschaal;

2° een vakantiegeld en een eindejaarstoelage onder dezelfde voorwaarden als de ambtenaren;

3° een haard- of standplaatstoelage onder dezelfde voorwaarden als de ambtenaren;

4° de toelagen, vergoedingen en premies onder dezelfde voorwaarden als een ambtenaar die hetzelfde ambt uitoefent.

Uitzondering aan artikel 8

Art. 9. Contractuele personeelsleden die met toepassing van artikel 7 in dienst worden genomen, mogen overeenkomstig een hogere weddeschaal bezoldigd worden dan die bepaald in artikel 8, § 1; de weddeschaal die in het verdrag moet worden aangeduid, stemt overeen met een bestaande schaal van het niveau waarvoor het contractueel personeelslid een diploma kan voorleggen.

Geldelijke anciënniteit

Art. 10. De artikelen 72 tot 78 van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren, zijn mutatis mutandis van toepassing op de geldelijke anciënniteit.

Afschaffing van de carensdag

Art. 11. De carensdag waarin artikel 52, § 1, van de wet van 3 juli 1978 betreffende de arbeidsovereenkomsten voorziet, is niet toepasselijk.

Financiële valorisatie

Art. 12. Na vier jaar geldelijke anciënniteit bij de in artikel 1 vermelde instellingen verkrijgt het contractueel personeelslid dat overeenkomstig de weddeschaal verbonden aan een aanwervingsgraad bezoldigd wordt, de weddeschaal van de eerste bevorderingsgraad van dezelfde loopbaan.

HOOFDSTUK IV. — *Diverse bepalingen, wijzigings-, overgangs- en slotbepalingen*

Ziekteverlof bij arbeidsongeval

Art. 13. Inzake ziekteverlof wegens een arbeidsongeval, een ongeval op de weg naar of van het werk of een beroepsziekte geldt voor de contractuele personeelsleden dezelfde regeling als voor de ambtenaren.

Behoud van de verworven rechten

Art. 14. Indien de bezoldiging toegekend met toepassing van de bepalingen van dit besluit lager is dan degene die het contractueel personeelslid op het ogenblik van de inwerkingtreding van voorliggend besluit ontvangt, dan blijft het deze hogere bezoldiging genieten totdat het met toepassing van de bepalingen van dit besluit een ten minste gelijke bezoldiging verkrijgt.

Wijzigingsbepaling

Art. 15. Artikel 3, § 1, lid 2, van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren wordt door de volgende bepaling vervangen :

« In afwijking van het eerste lid kunnen echter personen, in de volgende gevallen, als contractuelen in dienst worden genomen bij arbeidsovereenkomst :

- 1° om ambtenaren bij vol- of deeltijdse afwezigheid te vervangen;
- 2° om aan uitzonderlijke en tijdelijke personeelsbehoeften te voldoen, hetzij voor in de tijd beperkte acties hetzij voor een buitengewone toename van het werk;
- 3° om bijkomende of specifieke opdrachten te vervullen, waarvan de lijst door de Regering wordt vastgelegd;
- 4° om een leidende functie of een expertenfunctie uit te oefenen waarvoor een buitengewone vakkennis of een belangrijke beroepservaring vereist is. »

Overgangsbepaling

Art. 16. Artikel 5, lid 2, is niet toepasselijk op de dienovereenkomstige overeenkomsten die vóór de inwerkingtreding van voorliggend besluit afgesloten werden.

Artikel 8, § 1, lid 2, is niet toepasselijk op de overeenkomsten die vóór de inwerkingtreding van voorliggend besluit afgesloten werden.

Inwerkingtreding

Art. 17. Dit besluit treedt in werking op de dag waarop het in het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt, met uitzondering van artikel 12, dat op 1 januari 2001 uitwerking heeft.

Uitvoering

Art. 18. De Minister-President, bevoegd inzake Begroting en Personeel, is belast met de uitvoering van dit besluit.
Eupen, 17 juli 2003.

De Minister-President, Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toerisme,
B. GENTGES

De Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
H. NIESEN

Bijlage bij het besluit van 17 juli 2003

Personeel dat bijkomende of specifieke opdrachten uitvoert

- 1° schoonmaakpersoneel;
- 2° personeel belast met het onthaal en met de behandeling van de telefonische oproepen;
- 3° messbedienden en personeel belast met de vergaderzalen;
- 4° personeel belast met het onderhoudswerk;
- 5° huismeester;

6° leden van het personeel van de Dienst voor Kind en Gezin;
 7° maatschappelijke werkers bij de Afdeling Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden;
 8° leden van het personeel van het Centrum der Media van de Duitstalige Gemeenschap;
 9° animators bij het Sport-, vrijetijds- en toerismecentrum van Worriken;
 10° personen belast met een tijdelijke opdracht.
 Gezien om gevoegd te worden bij het besluit van 17 juli 2003.
 Eupen, 17 juli 2003.

De Minister-President, Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,
 K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toerisme,
 B. GENTGES

De Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
 H. NIESSEN

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2003 — 4176

[C — 2003/33090]

17. JULI 2003 — Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Ausführung des Dekretes vom 17. Februar 2003 über die Anerkennung und Förderung der Verschönerungsvereine, Verkehrsvereine und deren Dachverbände sowie der Informationsbüros und Informationsstellen

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Auf Grund des Dekretes vom 17. Februar 2003 über die Anerkennung und Förderung der Verschönerungsvereine, Verkehrsvereine und deren Dachverbände sowie der Informationsbüros und Informationsstellen;

Auf Grund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 17. Juli 2003.

Auf Grund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 1. Juli 2003;

Auf Grund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere des Artikels 3, § 1, ersetzt durch das Gesetz vom 4. Juli 1989 und abgeändert durch das Gesetz vom 4. August 1996;

Auf Grund der Dringlichkeit;

In Erwägung der Tatsache, dass das Grundlagedekret zum 1. Januar 2003 in Kraft getreten ist und die Verkehrs- und Verschönerungsvereine sowie deren Dachverbände unverzüglich über die Sicherheit der ihnen gewährten Zuschüsse verfügen müssen;

Auf Vorschlag des Ministers für Unterricht und Ausbildung, Kultur und Tourismus;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL I — *Allgemeine Bestimmungen*

Begriffsbestimmungen

Artikel 1 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. das Dekret: das Dekret vom 17. Februar 2003 über die Anerkennung und Förderung der Verschönerungsvereine, Verkehrsvereine und deren Dachverbände sowie der Informationsbüros und Informationsstellen;
2. das Ministerium: die für Tourismus zuständige Abteilung des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
3. Verschönerungsvereine: die in Artikel 1 des Dekretes erwähnten Vereine;
4. Verkehrsvereine: die in Artikel 2 des Dekretes erwähnten Vereine;
5. Dachverband: der in Artikel 3 des Dekretes erwähnte Verband;
6. Informationsbüros: die in Artikel 10 des Dekretes erwähnten Büros;
7. Informationsstellen: die in Artikel 11 des Dekretes erwähnten Stellen.

Zusammensetzung der Dachverbände

Art. 2 - Die Satzungen des Dachverbandes gewährleisten, dass die Mitgliedschaft jedem Verschönerungs- und Verkehrsverein der Gemeinde offen steht.

Jede in der Gemeinde ansässige Vereinigung, die sich um die Förderung des Tourismus im Allgemeinen bemüht, kann in den Dachverband aufgenommen werden.

Vorsitzender des Dachverbandes ist von Rechts wegen der für den Tourismus zuständige Schöffe der Gemeinde.